

PB 12 - ZI/HU/HST
 VERTRAULICH

Tel Aviv, 11. August 1988

Auch für: - Botschaften in Amman, Kairo, Damaskus, Beirut, Bagdad,
 Tunis, Washington, Rom (Col. Scherrer)

Der Verzicht König Husseins auf die West-Bank

1. Die von König Hussein getroffenen Massnahmen

In seiner programmatischen Rede vom 31. Juli d.J. hat König Hussein die rechtliche und administrative Trennung der West-Bank von Jordanien bekanntgegeben. Damit ist die Annexion dieses Gebietes im Jahr 1950 durch König Abdallah, dem Grossvater Husseins, rückgängig gemacht worden. Hussein hat verlauten lassen, dass er mit diesem Schritt dem Begehren der PLO, der einzigen und legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes, entsprochen habe. Er hat seine Unterstützung für einen unabhängigen palästinensischen Staat kundgetan, gleichzeitig aber deutlich festgelegt, dass ein solcher in den von Israel besetzten Gebieten und nicht etwa in Jordanien selbst zu errichten sei. Im weitern hat Hussein sein fortbestehendes Engagement im Hinblick auf einen umfassenden Frieden im arabisch-israelischen Konflikt hingewiesen, welcher auf dem Weg einer internationalen Konferenz zu suchen sei. Von der Idee einer gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Delegation hat er hingegen Abschied genommen.

Kurz vor und in den Tagen nach Husseins Rede sind von der jordanischen Regierung folgende konkrete Massnahmen kundgegeben worden:

- Der im November 1986 initiierte Entwicklungsplan, welcher innerhalb von 5 Jahren Aufwendungen im Wert von 1,3 Mia. US\$ zugunsten der palästinensischen Bevölkerung der besetzten Gebiete vorgesehen hat, wird beendet.
- Das Unterhaus des jordanischen Parlamentes, dessen 60 Sitze zur Hälfte von Vertretern der West-Bank gehalten werden, wird aufgelöst.
- Das "Ministerium für die besetzten Gebiete" wird abgeschafft und durch ein "Departement für palästinensische Angelegenheiten" ersetzt, welches dem jordanischen Aussenminister untersteht. Damit wird betont, dass die Beziehungen zu den besetzten Gebieten nicht mehr als interne Angelegenheit, sondern als Teil der Aussenpolitik betrachtet werden.
- Die im Dienste Jordaniens stehenden palästinensischen Beamten der West-Bank werden pensioniert oder entlassen; ausgenommen sind ca. 2'000 Angestellte religiöser Institutionen, denen die Bewahrung der heiligen islamischen Orte anvertraut ist. Die ca. 21'000 betroffenen Palästinenser sind insbesondere in von

- 2 -

Jordanien unterstützten Lehranstalten, Spitälern, Gemeinden und Landwirtschaftsprojekten tätig. Gut 3'000 von ihnen haben ihren Lohn ausschliesslich aus Jordanien bezogen, die übrigen sind zusätzlich von der israelischen Militärverwaltung angestellt.

Nach all diesen Massnahmen bleiben nur noch wenige Beziehungen zwischen Jordanien und der West-Bank bestehen, und auch diese können laut Hussein auf Begehren der PLO abgebrochen werden:

- Die beiden Jordan-Brücken bleiben für den Güter- und Personenverkehr offen.
- Die palästinensischen Bauern der besetzten Gebiete dürfen ihre Produkte weiterhin nach Jordanien, welches bisher Abnehmer von 50 % der Gesamtproduktion gewesen ist, liefern.
- Die palästinensischen Bewohner der West-Bank dürfen ihre jordanischen Pässe als "travel documents" behalten. Sie werden jedoch nicht mehr als jordanische Bürger anerkannt und sind somit gleich wie die Palästinenser des Gaza-Streifens staatenlos.

Obwohl noch nicht alle Auswirkungen bis ins Detail bekannt sind, kann festgehalten werden, dass die von Jordanien verkündeten Trennungsmassnahmen radikal sind und als definitiv erscheinen. Durch den letzteren Umstand würden sie sich von denjenigen unterscheiden, welche Jordanien in der Folge der arabischen Gipfelkonferenz von 1974 in Rabat ergriffen hat. Die PLO ist schon damals zur einzig legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes erklärt worden, worauf Jordanien seine Einflussnahme in den besetzten Gebieten drastisch vermindert hat. Diese Entwicklung ist jedoch nach der Schwächung der PLO durch die Niederlage im Libanonkrieg im Jahr 1982 wieder rückgängig gemacht worden.

2. Reaktionen in Israel

Die israelische Oeffentlichkeit ist von den Ankündigungen Husseins überrascht worden. Die Reaktionen sind wie üblich je nach politischer Ausrichtung sehr verschieden ausgefallen.

Die Vertreter des rechten politischen Lagers jubilieren, hat doch Hussein der von der Arbeiterpartei angestrebten jordanischen Option eine Abfuhr erteilt. Ueber die von Israel jetzt zu unternehmenden Schritte besteht allerdings keine Einigkeit. So tritt Premierminister Shamir weiterhin für eine Autonomielösung im Rahmen der Camp David-Abkommen ein, gibt aber klar zu erkennen, dass auch nach der in diesem Vertragswerk vorgesehenen Uebergangsperiode von 5 Jahren eine Gebietsabtretung ausser Diskussion stehe. Handels- und Industrieminister Sharon, der wie Shamir zur Herut-Fraktion des Likuds gehört, propagiert die Annexion der jüdischen Siedlungen sowie von Palästinensern nur spärlich besiedelten und strategisch wichtigen Gebieten der West-Bank und des Gaza-Streifens. Die Politiker rechts des Likud (Tehiya etc.) gehen noch weiter und fordern die sofortige Annexion der gesamten besetzten Gebiete. Der gleichzeitig vertrete-

- 3 -

nen Idee des Transfers der lokalen Bevölkerung ins Ausland ist Hussein in seiner Rede insofern entgegengetreten, als er mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen hat, dass Jordanien nicht Palästina sei (den Anteil der Palästinenser an der jordanischen Bevölkerung beziffert er auf unter 40 % im Gegensatz zu den allgemein angeführten 60 und mehr Prozenten).

Die Arbeiterpartei ist durch die Abkoppelung Husseins in grosse Verlegenheit gebracht worden. Die ziemlich ratlosen Parteivertreter beschuldigen den Likud, den Friedensprozess laufend sabotiert zu haben, was auch Ursache der Intifada und der Frustration Husseins sei. Gleichzeitig beteuern Aussenminister Peres und Verteidigungsminister Rabin, dass die Massnahmen Husseins taktischer Natur seien, die jordanische Option weiterhin bestehe und nach einem Sieg der Marachs in den kommenden Wahlen aktiviert werden könne. Ein Sieg des Likuds hingegen würde den Friedensprozess weiterhin blockieren und dadurch der PLO Vorschub leisten.

Innerhalb der Arbeiterpartei hat die Linie der Tauben (so etwa der Minister ohne Geschäftsbereich Ezer Weizman) Auftrieb erhalten, die sich seit Monaten für einen mehr palästinensisch orientierten Standpunkt einsetzen. Sie propagieren die Abhaltung von allgemeinen Wahlen in den besetzten Gebieten, um eine lokale Führungsschicht als Gesprächspartner ermitteln zu können. Selbst Verhandlungen mit der PLO stellen für sie kein absolutes Tabu mehr dar, wobei diese jedoch gewisse Vorbedingungen wie die Anerkennung von Israels Existenzrecht sowie der UNO-Sicherheitsratsresolutionen 242 und 338 und der Verzicht auf Terrorakte zu erfüllen hätte. Unter diesen Voraussetzungen treten insbesondere auch die Parteien und Gruppierungen links des Marach (Mapam, Peace Now etc.) für Gespräche mit der PLO ein.

Selbst Peres und Rabin scheinen seit einiger Zeit auf der Suche nach einer palästinensischen Alternative zur jordanischen Option, welche seit Beginn der Intifada laufend an Ueberzeugungskraft verloren hat, zu sein. Verteidigungsminister Rabin hat in den letzten Monaten mehrere Gespräche mit Palästinensern aus den besetzten Gebieten geführt, und Aussenminister Peres hat 5 Tage vor Husseins Rede erstmals öffentlich von einer möglichen palästinensischen Option gesprochen.

Grundsätzlich stimmen Likud und Marach jedoch darin überein, dass mit der PLO keine Verhandlungen geführt werden sollen und ein unabhängiger Palästinenserstaat nicht in Frage kommt. Die israelische Regierung wird auch mit allen Mitteln zu verhindern suchen, dass die PLO das Vakuum, welches mit der jordanischen Abkoppelung von der West-Bank entsteht, ausfüllen kann. Sie ist allerdings selbst nicht bereit, den Ausfall der jordanischen Zahlungen zu kompensieren, würde dem Einspringen von ausländischen und internationalen Organisationen aber nicht entgegenstehen.

Zweifellos werden die jüngsten Schritte Husseins auch den Wahlkampf in Israel beeinflussen. Kürzlich durchgeführte Umfragen haben gezeigt, dass ein grosser Teil der Wähler (10-30 %) sich noch nicht für einen der Blöcke entschieden hat. Es ist offen-

- 4 -

sichtlich, dass die Arbeiterpartei unter schlechten Vorzeichen ins Rennen steigt. Sie hat wohl nur eine Chance, wenn sie jetzt neue Ideen in ihr politisches Programm einfliessen lässt. Dies umso mehr, als ihr innenpolitisch der in einer schweren Wirtschaftskrise steckende Gewerkschaftsbund Histadrut zu schaffen macht und Peres vom Likud der voraussehbare Verlust von Taba angelastet wird.

3. Reaktionen in den besetzten Gebieten

Die Bevölkerung der besetzten Gebiete ist von den Massnahmen Husseins, die zuvor auch mit der PLO nicht abgesprochen worden sind, überrascht worden. Die Palästinenser pro-jordanischer Ausrichtung haben mit Enttäuschung und Wut reagiert, während im letzte Woche erschienenen Flugblatt Nr. 23 der "Vereinigten Führung des Aufstandes" die jordanische Loslösung als grosse Er-rungenschaft der Intifada auf dem Weg zur Eigenständigkeit des palästinensischen Volkes gefeiert wird. Unter den PLO-Anhängern sind jedoch auch differenziertere Stimmen zu hören (z.B. Hanna Siniora), die den jordanischen Schritt zwar grundsätzlich begrüßen, jedoch bedauern, dass er in einem Zeitpunkt erfolgt ist, in dem sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete in einem wirtschaftlichen Abnutzungskriege mit Israel befindet. Immer wieder ist auch die Vermutung zu hören, dass die Massnahmen Husseins lediglich taktischer Natur seien, mit dem Ziel, sich die PLO gefügig zu machen.

Die PLO-Anhänger erwarten, dass die wegfallenden jordanischen Geldzuflüsse durch Mittel der PLO ersetzt würden, die auf verschiedensten Wegen, unter anderem auch über UNO und sonstige internationale Organisationen in die besetzten Gebiete gelangen könnten. Dies dürfte jedoch israelischerseits auf schwer überwindbare Hindernisse stossen.

Fest steht auf jeden Fall, dass sowohl der Marach wie auch der Likud in der Suche nach ihnen gefälligen Palästinensern aus den besetzten Gebieten, die zur Teilnahme an einer jordanisch-palästinensischen Delegation zu einer internationalen Friedenskonferenz respektive zu Autonomieverhandlungen bereit wären, kaum Erfolg haben werden.

4. Mögliche Entwicklungen

Die Dynamik scheint zur Zeit eindeutig auf der arabischen Seite zu liegen. Mehrere Vorschläge stehen im Raum wie die Bildung einer Exilregierung der PLO und die einseitige Ausrufung eines unabhängigen Staates in den besetzten Gebieten (König Hussein hat erklärt, dass er diesen Staat sofort anerkennen würde). Verschiedene Varianten einer solchen Unabhängigkeitserklärung sind in letzter Zeit von prominenten Palästinensern der besetzten Gebiete entworfen worden. Zum Teil beruhen sie auf den Grenzen des UNO-Teilungsplans von 1947, zum Teil auf den Waffenstillstandslinien des Krieges von 1948/49.

- 5 -

Am meisten Wirkung dürfte jedoch haben, wenn Yasser Arafat öffentlich das Existenzrecht Israels sowie die UNO-Sicherheitsresolutionen 242 und 338 anerkennen und dem Terrorismus abschwören würde (wie dies von seinem Berater Bassam Abu Sharif mehr oder weniger vertreten wird). Damit wären die Voraussetzungen erfüllt, unter welchen die USA, die EG sowie das Friedenscamp in Israel bereit wären, der PLO eine erhöhte Legitimität einzugestehen und mit ihr Verhandlungen aufzunehmen. Dies würde den Friedensprozess entscheidend verändern und erheblichen Druck auf die israelische Regierung, insbesondere auf Premierminister Shamir, auslösen.

Durch die Loslösung Husseins von der West-Bank wird voraussichtlich auch der Fortgang der Intifada beeinflusst werden. Es ist zu erwarten, dass den Aufrufen der "Vereinigten Führung des Aufstandes" zum zivilen Ungehorsam vermehrt Folge geleistet wird. Bis anhin haben sich viele der palästinensischen Angestellten der israelischen Militärverwaltung darauf berufen können, letztendlich der jordanischen Verwaltung anzugehören. Diese Rechtfertigung, sich der von ihnen verlangten Kündigung zu widersetzen, ist nun weggefallen. Massenkündigungen sind daher nicht auszuschliessen. Gleichzeitig wird die "Vereinigte Führung des Aufstandes" sich verstärkt darum bemühen, mittels sogenannter Volkskomitees Parallelorganisationen aufzubauen, um die Bedürfnisse der palästinensischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten decken zu können. Diese Taktik der Loslösung ist nicht neu, sie ist schon von den Juden unter der britischen Mandats Herrschaft angewandt worden.

König Hussein wird auch weiterhin eine wichtige Rolle zufallen. Zum einen ist seitens Israels ein grosses Interesse an einem Friedensabkommen vorhanden, bildet die israelisch-jordanische Grenze doch die längste des Landes. Zum andern bestehen trotz den jüngsten Schritten Husseins immer noch gewichtige Verbindungen Jordaniens mit den besetzten Gebieten (offene Brücken, Import/Export, jordanische Pässe). Yasser Arafat wird es sich sehr genau überlegen müssen, ob er die Kappung dieser Beziehungen fordern und die Verantwortung der Auswirkungen auf sich nehmen soll. Es dürfte dies mithin ein Grund sein, warum sich der PLO-Führer mit seiner Antwort auf die jüngsten Ereignisse so schwer tut und seine Reise nach Amman laufend verschiebt.

Der schweizerische Botschafter



(J.-P. KEUSCH)

Beilage: Rede König Husseins vom 31.7.1988